Donnerstag, 13. Dezember 1923. Einzelnummer 30000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 282.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsstelle 500 000
bei den Ausgabestellen 505 000
durch Zeitungsboten 510 000
durch Post inkl. Geb. 513 000
ins Ausland 700 000 poln. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu fordern.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 20 000 M.
Reklameteil 50 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 20 000 M.
„ *) Reklameteil 50 000 M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Aus preußischer Zeit.

Es wurde an dieser Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen, wie viele falsche Urteile über die Tätigkeit der früheren preußischen Behörden (und besonders der Ansiedlungskommission) noch immer im Umlauf sind. Diese falschen Urteile sind zum geringeren Teil auf bewußte Entstellung der Tatsachen zurückzuführen, zum weitaus größeren Teil auf Unkenntnis, und hier ist der Deutsche von Schuld nicht freizusprechen: viele unter uns sind allzuleicht geneigt, dem wenn auch noch so oberflächlichen Urteil Fremder Glauben zu schenken, statt sich über das wohlbegründete Urteil der eigenen Volksgenossen zu unterrichten oder — was noch richtiger wäre — sich selbst nach den Tatsachen umzusehen und zu fragen: wie war das wirklich? Einer der Hauptfehler, die dabei immer wieder gemacht werden, ist, daß das Urteil über die preußische Polenpolitik sich gewöhnlich nur auf einige Züge dieser Politik der letzten Jahrzehnte stützt, und die ganze lange vorangegangene Zeit unberücksichtigt läßt. Ein solches Urteil muß einseitig, also falsch ausfallen.

Es muß also wieder einmal die Frage aufgeworfen werden: wie war die Sache wirklich? Und vor allem: welche Züge trug die preußische Polenpolitik in der ersten Zeit nach der Teilung Polens? (Das ist doch wohl erforderlich, wenn man — wie das oft geschieht — Vergleiche ziehen will **zwischen der Lage der Polen in Preußen und unserer, der Deutschen, Lage im jetzigen Polen** jetzt, kurz nach der Abtrennung unseres Gebietes von Preußen.)

Die Möglichkeit einer sachlichen Beantwortung der aufgeworfenen Fragen gibt ein vor kurzem erschienenes Buch des bekannten Breslauer Historikers Manfred Laubert: **„Die Verwaltung der Provinz Posen 1815—47“** (herausgegeben mit Unterstützung der preußischen Archivverwaltung. Breslau: Priebetsch 1923. XII, 312, 40 S.). Lauberts zahlreiche Einzelarbeiten, die der Geschichte der Provinz Posen in preußischer Zeit galten, gipfeln in dieser umfassenden, grundlegenden Arbeit.

In einem einleitenden Kapitel gibt der Verfasser zunächst einen Überblick über Umfang, Grenzen und Bevölkerung der Provinz, indem vor allem das Verhältnis der Nationalitäten zu einander interessiert und die häufig auch von deutscher Seite verbreiteten Urteile berichtigt werden. Als Grundlage müssen freilich die Zählungen nach der Konfession genommen werden, die für die Deutschen äußerst ungünstig sind, da es weit mehr katholische Deutsche als evangelische Polen gab. Trotzdem betrug der Anteil der evangelischen und der jüdischen Bevölkerung im Regierungsbezirk Bromberg 40,8, in Posen 32,1, insgesamt 34,9 Prozent. Somit ist weit mehr als ein Drittel der Bevölkerung damals als deutsch anzusprechen, und es handelt sich hierbei um eine alteingesessene deutsche Minderheit, die unabhängig von jeder Ansiedlungspolitik und der polnischerseits immer wieder behaupteten „Überflutung“ mit deutschen Beamten und Militär entstanden war, denn jenes war zu dieser Zeit überwiegend polnisch, und das Militär spielte zahlenmäßig überhaupt keine Rolle (1831: 1446 Mann). So verdienen diese Zahlen im Gedächtnis behalten zu werden, um den immer wieder erhobenen Behauptungen von dem künstlichen Charakter der deutschen Bevölkerung Posens gegenübergestellt zu werden.

Eines der folgenden Kapitel gibt einen Überblick über das für das Großherzogtum Posen besonders geschaffene Amt des Kgl. Statthalters, das dem mit Prinzessin Luise von Preußen vermählten Fürsten Anton Heinrich Radziwill übertragen worden war. Die unselige Tätigkeit dieses eitlen und nutzlosen Figuranten der polnischen Nationalität, der keine der auf ihn gesetzten Hoffnungen eines Ausgleichs der Interessen und der Versöhnung erfüllte, wurde bei der unbekümmerten Verschwendungssucht auf Staatskosten, die bei der großen Verarmung des preußischen Staats besonders schwer wog, zu einem tragikomischen Kampf zwischen preußischer und polnischer Geschäftsauffassung, wobei der Statthalter bis zur Selbstpreisgabe von den preußischen Ministerien gegenüber den eigentlichen leitenden Beamten unterstützt wurde. Der Warschauer Aufstand 1831 setzte seiner unheilvollen Tätigkeit ein Ende.

Die Beamtenschaft, die in einem weiteren Kapitel behandelt ist, wies einen etwas buntscheckigen Charakter auf, der nicht immer tadellos war. Daran war die weder Anerkennung von polnischer Seite noch Erfolg nach irgend einer Richtung hin gewährende Praxis der Stellenbesetzung schuld. Vorgefundene Staatsdiener wurden, wenn irgend angängig, von der preußischen Regierung wiederverwandt. (Durchweg waren übrigens alle Verordnungen zweisprachig, Regierungsbescheide erfolgten auf deutsche Schriftstücke hin deutsch, auf polnische zweisprachig.) Der Vorstellung, daß die Provinz im allgemeinen eine bei Stellenbesetzungen die Landesansässigkeit des Bewerbers erfordernde Domäne der Polen war, wurde trotz der über ein Drittel der Bevölkerung aufweisenden Zahl der Deutschen von der Regierung auch bei der Berufung der Beamten Raum gegeben. Alle alten Beamten sollten, sofern sie tüchtig und erprobt waren, „aus ihren Bedienungen nicht verdrängt werden“. Die aus disziplinarischen Gründen nicht wieder angestellten Beamten des Herzogtums Warschau erhielten nach einer bestimmten Norm Ruhegehälter und Abfindungen. So wurden zum Beispiel in Posen selbst von achtzehn Kanzlisten dreizehn, von sieben Dienern und Boten fünf, in Bromberg fast alle Subalternbeamte übernommen. Auch in den höheren Stellen überwog das polnische Beamtentum; **der Landratsposten war fast ausschließlich Domäne des polnischen Adels**, sehr zum Schaden der Durchführung der preußischen Reformarbeit. Nur die höchsten Beamtenstellen blieben Deutschen vorbehalten. Schuld der Polen selbst war es, daß sie später keinen Nachwuchs stellten, indem sie den Staatsdienst boykottierten. Die Regierung war immer wieder, selbst unter Flottwell, bemüht, polnische Beamte zu gewinnen. Feinsinnige, knappe, aber erschöpfende und gerechte Charakteristiken der führenden preußischen Beamten dieses Zeitabschnittes vervollständigen dieses Kapitel und zeigen die **großen Schwierigkeiten der preußischen Regierung** und die entsagungsvolle Arbeit, die der Beamte bei zu großem Teil sehr knappem Gehalt, unter häufigen, aus politischen Gesichtspunkten erfolgenden Kränkungen und Zurücksetzungen leisten mußte.

Ein eigenes Kapitel ist auch den Posener Provinziallandtagen gewidmet, der zum ersten Mal 1827 zusammentrat. Entgegen den einseitig günstig gefärbten Berichten des Statthalters wurden sie für den polnischen Adel zum Instrument ihrer Beschwerden und ihrer Reklame vor dem Volk. Dabei war das Entgegenkommen, das auch hier wieder von der preußischen Regierung dem polnischen Bevölkerungsteil gewährt wurde, kaum zu überbieten, und steht in schroffem Gegensatz zu dem, was polnischerseits im umgekehrten Verhältnis verlangt wurde. (Es sei nur an die Prüfungen in der polnischen Sprache zum Sejm erinnert.) Nicht nur war die Verhandlungssprache zumeist polnisch, auch die Begrüßungsreden des Marschalls waren nur in dem an den Oberpräsidenten gerichteten Teile deutsch. Mit dem Amt des ersten Marschalls wurde Fürst Sułkowski betraut, als Stellvertreter wurde später Chłapowski von der Regierung bestätigt, obwohl er deutsch überhaupt nicht, sondern nur polnisch und französisch verstand. Der Gedanke an die Ernennung eines Deutschen zum Marschall lag der Regierung völlig fern, und erst nach dem Aufstand von 1846 ernannte die Regierung den ersten Deutschen zum Marschall. Dabei war die Zusammensetzung des Landtages keineswegs eine rein polnische, sondern entsprach etwa der nationalen des Landes selbst. In dem ersten Landtage waren 23 Abgeordnete protestantisch; die Vertreter der Städte waren fast, die der Bauern ganz deutsch. Dem ersten Stand gehörten nur drei Deutsche an, aber nichts lag der Regierung ferner, als — etwa durch eine besondere Wahlgeometrie — dies Verhältnis zwangsweise zu ändern. Unter den Vertretern der Städte war der Oberbürgermeister von Posen, Naumann, der Führer der Deutschen. Im übrigen kam es zu nationalen Kämpfen erst unter Flottwell, als die Deutschen den Gegnern geschlossenen Widerstand leisteten, eine Bewegung, die jedoch bald wieder erlahmte, da die Regierung die Sache der Deutschen preisgab.

Schwierig waren die Beziehungen zu Russisch-Polen, das als selbständiges Königreich vor dem Warschauer Aufstande weitgehende nationale Autonomie besaß und nach dem daher die polnische nationale Politik einseitig orientiert war. Aus den Einzelheiten dieses Kapitels sei nur auf die Regelung der Staatsangehörigkeit hingewiesen, die in bemerkenswerter Weise liberal war und in schonender Weise durchgeführt wurde. So bestimmte Art. 4 der Wiener Traktate, **daß alle Polen sich erst binnen sechs Jahren für die Staatszugehörigkeit eines der Staaten zu entscheiden brauchten** und daß sie ohne jede Abwanderungsabgabe mit Hab und Gut übersiedeln durften.

Mit starkem Widerwillen wurde die preußische Heeresorganisation von den Polen entgegengenommen, obgleich die Regierung durch Errichtung eines nationalen Reiterregimentes einen besonderen Anreiz schuf, ohne damit jedoch Erfolg zu haben. Die dienstpflichtigen Söhne des Adels entzogen sich systematisch durch Ankauf in Russischpolen und Option dem Eintritt. Auch das Institut der Landwehr erregte Unwillen, und ebenso wurde die Einquartierung der Truppen bei dem Mangel an Kasernen als eine schwere Belastung empfunden, obgleich die Belegung der Provinz mit Garnisonen eine recht dünne war. Unter der einfachen Bevölkerung wandelte sich jedoch das anfängliche Mißtrauen gegen das preußische Militär in die Überzeugung, „daß aus den Bauern während ihrer Dienstzeit Menschen gemacht würden“, auch erzählten die entlassenen Leute von der ihnen zuteil gewordenen guten Behandlung. So hat der preußische Militarismus hier ein glänzendes Erziehungswerk vollbringen können, das polnische Volk von Grund aus umgebildet, es aber dadurch zum Teil erst zu einem vollwertigen Wettbewerb mit den Deutschen befähigt. Erwähnt seien noch die Pensionszahlungen an ehemalige polnische Offiziere. Durch liberalste

Die Verpachtung des Tabakmonopols vor dem Sejm.

In der Dienstagsitzung des Sejm wurde das Landaufteilungsgesetz von der Tagesordnung gestrichen, weil die betreffenden Drucksachen den Abgeordneten nicht rechtzeitig zugegangen waren. Ueber das Gesetz soll in der nächsten Sejmsitzung beraten werden. Anstatt dessen entspann sich eine Aussprache über die Verpachtung des Tabakmonopols. Darüber sagte

Finanzminister Kucharski: „Das Gesetz vom 1. Juli 1922 sagt in seinem Artikel 17, daß die Verpachtung eines Staatsmonopols nicht ohne Einwilligung des Sejm geschehen darf. Dasselbe gilt von der Verpachtung der Monopoleinkünfte. Die Regierung ist sich der Verpflichtungen bewußt, die das Gesetz ihr auferlegt. Es kann keine Rede davon sein, daß sie eine solche Entscheidung allein übernimmt und das Parlament damit überrascht. Die Gerüchte davon, daß die Monopolangelegenheit bereits erledigt sei, widersprechen den Tatsachen. Wahr ist dagegen, daß die Regierung im Interesse der Sanierung der Staatsfinanzen möglichst große Fonds gewinnen will, sei es durch eine Teilrealisierung des Staatsvermögens, sei es durch Verpachtung. Diese Fragen befinden sich bis jetzt noch im Stadium der Erörterung. Es handelt sich um die Möglichkeit, dank dem Monopol eine Anleihe zum Beginn der Finanzsanierung zu erlangen. Es fanden Besprechungen statt, die jedoch lediglich informatorischen Charakter hatten, und es ist noch nicht bekannt, ob wir die Anleihe durch eine Verpachtung des Monopols werden bekommen können oder sie lediglich durch die Monopoleinkünfte sicherstellen werden. — Diese Angelegenheit ist noch nicht erledigt, und die Beunruhigung, die im Zusammenhang mit dieser Frage entstanden ist, ist unbegründet. Das Konsortium, von dem die Rede war, hat sich noch nicht gebildet. Wir haben französische, italienische und österreichische Angebote. Wir können also das günstigste Angebot aussuchen. **Ich versichere nochmals, daß die Regierung ohne Einwilligung des Sejm keinen Beschluß fassen wird.**“

Vizesejmmarschall Moraczewski: „Ein Antrag, der die Regierung auffordert, das Parlament sofort von den Verhandlungen über die Verfassung des Tabakmonopols zu informieren, kann wohl durch die Erklärungen des Ministers als erledigt gelten. Es liegt aber ein anderer Antrag vor, der den Sejm auffordert, die Erklärung des Ministers nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Es wird abgestimmt. Der Antrag wird mit 176 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Vizesejmmarschall Moraczewski teilt das Ergebnis der Wahlen zu dem Ausschuß, der die Vorgänge in Borysław, Tarnow und Krakau prüfen soll, mit. Es wurden gewählt die Abgeordneten Putek, Roguszczyk, Łaszkiewicz, Liebermann, Kozłowski, Wichliński, Maciński.

Am Schluß der Sitzung teilte Vizesejmmarschall Moraczewski noch mit, daß die nächste Sitzung am Mittwoch stattfinden würde und daß der Sejm unter allen Umständen noch am Sonnabend und am Montag zusammentreten würde. Ob aber auch noch am Donnerstag und Freitag, sei ungewiß.

Die Tagung des Völkerbundsrates eröffnet.

Paris, 10. Dezember. Die Tagung des Völkerbundrates ist heute vormittag im Pariser Stadthaus eröffnet worden. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Pariser Stadtrates und des Seinepräfekten, für die Branting dankte, fand eine geheime Sitzung statt. Ueber diese wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Finanzielle Wiederaufrichtung Ungarns.

Im Laufe der privaten Sitzungen, die der Rat heute morgen, am 10. Dezember, unter dem Vorsitz von Branting abgehalten hat, hat er beschlossen, sofort eine Unterkommission zur Prüfung der Frage der finanziellen Wiederaufrichtung Ungarns zu ernennen. Diese Kommission wird aus sieben Mitgliedern bestehen, das heißt dem Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei im Völkerbundsrat.

Finanzfragen des Völkerbundes.

Der Rat beschäftigte sich dann mit einigen Finanzfragen des Völkerbundes. Er hat beschlossen, die Verteilungskommission der Ausgaben des Rates zu bitten ihre Arbeiten fortzusetzen, um einen endgültigen Voranschlag auszuarbeiten. In dieser Kommission befanden sich Vertreter Frankreichs, Brasiliens, Rumäniens, Japans, Großbritanniens, Italiens, Südafrikas.

Die öffentliche Sitzung.
Gegen die unsittliche Literatur.

Der Völkerbundrat hielt dann am Nachmittag von 4 bis 5½ Uhr eine öffentliche Sitzung ab. Der Rat beschäftigte sich mit der Bekämpfung der unsittlichen Veröffentlichungen. Er beschloß, die nicht zum Völkerbund gehörigen Staaten, darunter Deutschland und die Freie Stadt Danzig, um Unterzeichnung der Genfer Konvention gegen die unsittlichen Veröffentlichungen vor dem 31. März 1924 zu ersuchen.

Vereinfachung der Zollformalitäten.

Der Völkerbundrat nahm einen Bericht des französischen Delegierten Hanotaux über die Vereinfachung der Zollformalitäten zur Kenntnis. Er nahm eine Entschließung an, in der die Regierungen aufgefordert werden, die Beschlüsse der Zollkonferenz vom Oktober dieses Jahres unverzüglich zu ratifizieren. Der Völkerbundrat beschloß, die in Genf vereinbarte Konvention auch der russischen Sowjetregierung zur Kenntnis zugehen zu lassen, ohne sie aber zur Ratifizierung aufzufordern. Der französische Delegierte lehnte den Antrag auf Übersendung der Konvention an die Moskauer Regierung ab, zog seinen Widerspruch aber zurück, nachdem von anderer Seite darauf hingewiesen worden war, daß die Sowjetregierung, ohne damit anerkannt worden zu sein, auch schon bei anderen Gelegenheiten, so während der Lausanner Konferenz, berücksichtigt worden sei.

Die Abrüstungsfrage.

Hauptgegenstand der öffentlichen Beratung von heute nachmittag war die Abrüstungsfrage, über die der italienische Delegierte Bericht erstattete. Die Abstimmung über einen Antrag, demzufolge das Generalsekretariat des Völkerbundes die Bundesmitglieder auffordern soll, einer Bundesentschließung entsprechend die diesjährigen Budgetaufwendungen für Land- und Luftrüstungen bis zur Ausarbeitung eines Gesamtrüstungsplanes nicht zu erhöhen, mußte bis Anfang März verschoben werden, weil der englische Delegierte, Sir Robert Cecil, erklärte, er sei von der englischen Regierung nicht mit Instruktionen für diesen Fall versehen worden. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der Völkerbundrat den Wortlaut einer Entschließung über den „chemischen Krieg“, in der das Interesse des Rates für einen Bericht des betreffenden Untersuchungsausschusses über „die Wirkungen der chemischen und bakteriologischen Forschungen in den nächsten Kriegen“ betont wird, dahin abänderte, daß es jetzt statt der ominösen Wendung „nächsten Kriegen“ heißt „im Kriegsfalle“.

Kontrolle des Waffenhandels.

Der Völkerbundrat nahm zum Schluß einen Entwurf für eine Aufforderung an die amerikanische Regierung, sich an der internationalen Kontrolle des Waffenhandels zu beteiligen, zur Kenntnis. Der Rat beschloß, die Beratung über diesen umfangreichen Entwurf morgen fortzusetzen und in dem Brief eine neue Stelle einzufügen, in der betont werden soll, wie großen moralischen Wert eine Beteiligung Amerikas an dieser Kontrolle habe.

Nach der öffentlichen Sitzung fand eine geheime Beratung über interne Organisationsfragen statt. Die nächste öffentliche Sitzung ist auf morgen vormittag 10½ Uhr einberufen.

Auslegung der Bestimmungen erhielten so Männer, die zwanzig Jahre hindurch als treueste Vasallen Napoleons gegen Preußen gekämpft hatten, von dem verarmten Preußen ihre Pensionen, ein Vorgang, der — wie der Verfasser mit Recht hervorhebt — wie so viele andere erst durch Vergleich mit der Gegenwart die richtige Beleuchtung erhält.

Das neunte Kapitel, die allgemeinen Verwaltungsgrundsätze gegenüber dem nationalen Problem behandelnd, wird für den breiteren Leserkreis von besonderem Interesse sein. Der Raum verbietet ein näheres Eingehen, die Politik selbst war keineswegs gradlinig, mannigfache Bestrebungen und Kräfte kreuzten sich. Eine unumstößliche Tatsache bleibt es allen Schwankungen gegenüber, daß mehr oder weniger während der ganzen behandelten Zeit den Polen nicht nur Minderheitsschutz in weitestem Umfange, Gleichberechtigung ihrer Sprache und Kultur, ja geradezu Privilegien zugebilligt wurden, sondern daß bis zum Warschauer Aufstand die Richtlinien für die Behandlung des nationalen Problems aus der Auffassung erwuchsen, in der Provinz müßten die Polen allein maßgebend sein. Die Quittung auf diesen Versuch großzügigster Toleranz war die unverhohlene Teilnahme von Adligen, Geistlichen, Beamten, Offizieren, Lehrern, ja selbst 130 Gymnasiasten an dem Warschauer Aufstand. Ein Verwaltungsbericht Flottwells kam so zu der Erkenntnis, „daß man es hinsichts des der polnischen Nationalität angehörigen Adels und der katholischen Geistlichkeit mit Leuten zu tun hat, auf deren Treue und Anhänglichkeit für unser Gouvernement durchaus nicht zu rechnen ist.“ Aber wenn nun auch unter dem bedeutenden Oberpräsidenten Flottwell der offenkundigen Begünstigung des polnischen Bevölkerungselementes gewisse Grenzen gezogen wurden, so war doch auch bei ihm jeder gewaltsame Angriff auf die Nationalität vermieden. Vor allem zeichnete sich Flottwells Politik vor der späterer Jahrzehnte aus, daß sie nicht im Einzelnen und Kleinen rigoros war, um andererseits dabei die großen Richtlinien doch preiszugeben oder Schritt für Schritt freiwillig zurückzuweichen. Er war ein Mann von großem persönlichen Wohlwollen, dem das Wohl nicht nur der Provinz, sondern auch jedes Einzelnen ihrer Bewohner am Herzen lag, ein Wohlwollen, das er auch polnischen Bevölkerungsteilen zukommen ließ.

Der Zustand, in dem sich die Landwirtschaft bei Übernahme der Provinz zeigte, war nach dem Urteil des Verfassers Kreditlosigkeit und Absatzschwierigkeit bei den großen, Schläfrigkeit und ungünstige Rechtsverhältnisse bei den kleinen Besitzern. Sie waren die Haupthemmnisse eines Aufstiegs. Die Aufgabe, die somit der preußischen Verwaltung auch hier oblag, war um so schwieriger, als die große Agrarkrisis jener Zeit besondere Schwierigkeiten zeitigte, durch die allein 22 Güter in deutschem Besitz und 117 in polnischem der Sequestration verfielen. Erst seit Mitte der dreißiger Jahre begann ein Aufstieg, der durch das große Werk der Besitzregulierung der Bauern beschleunigt wurde. Der Ausbau des landwirtschaftlichen Vereinswesens sollte die Kenntnisse fördern, doch scheuten sich nicht selten hochgestellte Polen aus sogenanntem Patriotismus von den Deutschen zu lernen und hielten lange an ihrer durch Anbau von Klee und Raps gemilderten Dreifelderwirtschaft fest. Besonders Flottwell brachte allen Zweigen der Landwirtschaft großes Interesse entgegen, und überall waren es die Behörden, die die Initiative zur Verbesserung und Hebung wie etwa bei dem Viehstande, der selten mehr als den Hausbedarf deckte, ergreifen mußten. Auch die Forsten waren von Preußen in trostloser Verfassung übernommen worden. Die Ablösung der Hutungs- und Weidegerechtigkeiten in den Wäldern war eine der Vorbedingungen für die sachgemäße Aufzucht der Forsten, die tatkräftig in Angriff genommen wurde.

Vorbedingung für die Hebung der Landwirtschaft war die Neuordnung des Hypothekenwesens und die Gründung eines landwirtschaftlichen Kreditsystems. Sie verlangten von dem Fiskus erhebliche finanzielle Opfer, denen die Anerkennung der hauptsächlichen Nutznießer versagt blieb. Aus polnischen Kreisen war es Kosiński, der mit deutlicher Offenheit gestand, daß es den Polen weniger auf wirtschaftlichen Fortschritt als auf Ausschaltung des behördlichen Einflusses ankam. Als aber 1821 die landwirtschaftliche Kreditordnung angenommen worden war, bekehrte man sich bald auch im polnischen Lager und erkannte, daß hiermit „dem verschuldeten polnischen Adel von Staats wegen und mit deutschem Geld die Möglichkeit gewährt wurde, sich aus seiner Versunkenheit herauszuarbeiten.“ Die Landwirtschaft wurde von ihrem Bestehen an ein Organ des Polentums. Generallandschaftsdirektor war Oberst von Poniński. Selbst das Subalternpersonal wurde ausschließlich Anhängern der nationalen polnischen Propaganda entnommen. Dabei waren die Landschaftsräte bestrebt, durch überspannte Taxen verschuldete Landsleuet über Wasser zu halten.

Konnte für die Landwirtschaft wesentliches von der Regierung geleistet werden, so war sie gegenüber dem Tiefstande des Handels der Provinz zunächst machtlos. Die Wurzeln des Posener Handels lagen im Osten. Als 1822 Rußland sich zu dem Schutzzollsystem entschloß und die Grenze schloß, war damit der Posener Handel tief getroffen. Was preußischerseits getan werden konnte, geschah; auch hier wurde dem Mangel an Kredit und Geldumlauf abgeholfen. Auf Flottwells Veranlassung wurde eine Lombard- und Wechselagentur und eine Sparkasse in der Stadt Posen eröffnet. Doch lagen die eigentlichen Gründe für die tiefe Stufe des Handelsbetriebes auf anderem Gebiet. Die nationale Arbeitsteilung war: Polen als Landwirte die Erzeuger, Deutsche als Handwerker und Fabrikanten die Verarbeiter, Juden als Händler die Verteiler. An Krämern, Maklern und Hausierern gab es eine Überfülle. Sie waren auf unerlaubten Gewinn geradezu angewiesen. Hier half allein langsame Erziehung und Hebung des jüdischen Teiles der Bevölkerung. Auch auf letzterem Gebiet ging die Regierung langsam und systematisch und im allgemeinen glücklich vor.

Wie an Handelsunternehmungen größeren Stils, fehlte es auch an solchen Unternehmungen industrieller Art. Die kapitallosen Tuchmacher befanden sich ganz in der Hand der Juden, das Handwerk war schlecht und liederlich. Langer, mühsamer Arbeit bedurfte es auch hier, um eine Besserung zu erzielen. Es ist erstaunlich, wie bis ins Einzelne hier die Fürsorge und Erziehung der Regierung ging. Als der Schutt der Vergangenheit fortgeräumt war, hatte Preußen damit den Boden freigemacht, auf dem — sein gefährlicher Gegner, der polnische Mittelstand erwuchs.

Von besonderer Bedeutung sind die beiden Kapitel über Kirche und Schule. War es bei der evangelischen Kirche die eigene Uneinigkeit, die sie schwächte und zugleich eine Gefährdung des Deutschtums zur Folge hatte, so wurde besonders verhängnisvoll die Stellungnahme des Staates gegen die katholische Kirche. Mit einer Harmlosigkeit, die erstaunlich ist, lieferte die Regierung nicht nur ihre Befugnisse den Stützen des Polentums aus, — die Rechte der katholischen Deutschen wurden unter ihren Augen aufs gröblichste vernachlässigt. Dabei war jede Nachgiebigkeit der Regierung umsonst und änderte nichts an dem unversöhnlichen Charakter der polnischen Geistlichkeit. Ebenso entgegenkommend war die preußische Schulpolitik, die gegenwärtig ja ein besonderes Interesse als Vergleichsobjekt beanspruchen darf. Einige Einzelheiten aus diesem sehr lehrreichen Kapitel seien herausgegriffen. Das Mariengymnasium in Posen war völlig polnisch. Die zeitweise wenigen Nichtpolen im Kollegium wurden bald wieder entfernt. Ja die Regierung verschrieb sich gegen Gewährung besonderer Ostmarkenzulagen (!!) eigens polnische Kräfte aus Warschau und Krakau. So wurde um der polnischen Bevölkerung willen ein anderes Gymnasium nicht nach dem überwiegend deutschen Rawitsch sondern nach dem polnischen Ostrowo gelegt. Polnische Jünglinge erhielten zum Universitätsstudium Regierungsstipendien, darunter Popliński, Loza, Marcinkowski usw.; sie dankten durch Teilnahme an polnischen umstürzlerischen Geheimverbindungen oder den Aufständen. Mit allem Nachdruck aber ist die Tatsache hervorzuheben, daß die Regierung durch ihre Volksschulpolitik nur die allgemeine Hebung der Volksbildung beabsichtigte, daß ihr aber jeder Gedanke fern lag, die Schule als Germanisationsinstrument zu benutzen. Die Schulunterrichtssprache war, je nach der Mehrzahl der Kinder, polnisch oder deutsch, wobei vollste Parität galt. Anfänglich war nicht einmal der Wunsch vorhanden, deutsche Bildungselemente und Deutsch als Unterrichtsfach in ausreichender Weise in den Unterricht einzuführen. Nicht nur ein großer Teil der Geistlichen, denen die Schulaufsicht oblag, sondern auch der staatlich angestellten Lehrer war der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig. Man beachte, daß 1833, also nach fast zwanzigjähriger preußischer Verwaltung, von 793 Schullehrern 48 noch überhaupt nicht, 79 nur sehr dürftig deutsch verstanden. Die Opfer, die preußischerseits für die Schulen gebracht wurden, waren ganz außerordentlich hoch. Die Gesamtzahl der Elementarschulen war im Regierungsbezirk Posen in den Jahren 1815 bis 1839 von etwa 400 auf 1060 (davon 501 katholische) gestiegen in Bromberg von 289 auf 613 (davon 222 katholische). Im Durchschnitt waren in jedem Jahr zwölf bis dreizehn Schulhäuser gebaut worden. Und dies war von einem wirtschaftlich verarmten Staate möglich gemacht worden.

Nicht ohne Widerstände ging auch die Neuorganisation des Bauwesens vor sich. Mangel an zuverlässigem Unterpersonal mußte überwunden werden, dazu herrschte das „Prinzip der hohen Löhne und schlechten Arbeit“. Viel wurde für Ausbau und Verbesserung des Wegenetzes getan. Auch die ersten Vorbereitungen zur Einbeziehung in das preußische Bahnnetz fallen in diese Zeit. Daneben ging das „Retablissement“, Beihilfen für Wiederaufbau verfallener oder abgebrannter Gebäude wurden gewährt, der Kampf gegen das Strohdach in den Städten aufgenommen. Auch hier galt es, sachliche Arbeit oft im Gegensatz zu der Bevölkerung durchzusetzen.

Einen harten Kampf hatte die preußische Verwaltung schließlich noch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu führen. Armut, Trunksucht, Unbildung und Gleichgültigkeit waren hier die ärgsten Feinde. Sanitäre Einrichtungen fehlten fast völlig. Alles mußte neu geschaffen werden. Den Bemühungen der Regierung war bald ein tüchtiger Stamm von Ärzten zu danken, an dem auch die Polen Anteil hatten. Anfang der dreißiger Jahre gab es indessen nur zwei polnische und zwei halbpolnische Ärzte in der ganzen Provinz. Bezirkshebammen wurden angestellt, der Kampf gegen den Mißbrauch des Alkohols aufgenommen, vor allem aber gegen die häufig erscheinenden Epidemien vorgegangen. Krankenhäuser wurden neu eingerichtet und auf Sauberkeit und hygienische Verhältnisse gesehen. Eine wichtige Neuerung war das 1835 getroffene Abkommen, wonach in Posen zum Beispiel Ärzte in bestimmten Stadtrevieren die Armenpraxis unentgeltlich übernehmen sollten.

Wie das Gesundheitswesen ließ auch die Armenfürsorge bei Übernahme der Verwaltung die bescheidensten Wünsche unerfüllt, sie war „bei der großen Verderbtheit und Arbeitsscheu“ eine dringende Aufgabe. Im Versicherungswesen wurde an die Einrichtungen der südpreußischen Zeit angeknüpft.

Kurz ist schließlich das letzte Kapitel über Kunst und Wissenschaft.

Der Verfasser des hier besprochenen inhaltreichen und lehrreichen Buches darf für sich das Recht in Anspruch nehmen, in seinem Werk nicht nur eine wohl einzigartige Verwaltungsgeschichte einer Provinz in neuerer Zeit geschaffen zu haben, die zu einer nicht hoch genug zu schätzenden Quelle der Belehrung für jeden Volkswirt und Politiker werden wird, sondern auch hinter dem Dunst der Schlagworte das wahre Antlitz Preußens gezeigt zu haben, in einer Zeit, wo es billig ist, alles Preußische zu verunglimpfen und zu verzerren. Vor allem gelang es dem Verfasser die Legende von der anfänglichen preußischen Bedrückungspolitik zu zerstören und den Nachweis zu erbringen, daß, wie der Verfasser in der Einleitung hervorhebt, Preußen damals „den fremdsprachlichen Staatsangehörigen nach 1815 ohne Zwang im Zeichen der absoluten Monarchie bereits unendlich viel mehr gegönnt habe, als jetzt im Zeichen des Minderheitenschutzes und der vermeintlichen Völkerversöhnung irgend eine nationale Minorität erlangt hat.“

Republik Polen.

Die Organisation der Konsulate.

In einer gemeinsamen Sitzung des Auslandsausschusses des Sejm und des Ausschusses für Verwaltungsfragen wurde der Gesetzentwurf über die Organisation der Konsulate und die Tätigkeit der Konsuln in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wurde nach Vereinbarung kleiner stilistischer Verbesserungen auf die nächste Sitzung vertagt.

Der Gesetzentwurf über die Staatseinkommensteuer.

Der Sejmausschuß für Finanzfragen nahm nach dem Referat des Abg Wierzbicki die ersten vier Artikel des Gesetzentwurfs über die Vorschriften für die Staatseinkommensteuer zusammen mit einem Antrag des Abg. Potoczek an. In dem Antrage heißt es, daß bei der Berechnung der Normen bezüglich der Bodennormen, die 15 Hektar betragen, nur der Nutzboden in Betracht gezogen werden soll.

Die Beschlagnahme von Wohnungen.

Der Rechtsausschuß des Sejm erörterte den Gesetzentwurf über die Beschlagnahme von Wohnungen. Es wurde beschlossen, die Requisitionszeit grundsätzlich nicht zu verlängern. Indessen wurde geäußert, daß die Requisitionen auf Grund des früheren Gesetzes im Sinne der Vorschriften des Requisitionsgesetzes geprüft werden sollen. Vor dem Beschluß hörte der Ausschuß die Meinung von Sachverständigen in der Person von Richtern des Obersten Gerichtshofes.

Aus der polnischen Presse.

Ein Jahrestag.

In seiner Nummer vom 11. Dezember (Nr. 336) schreibt der „Kurjer Polski“.

„Heute ist ein Jahr verflossen seit dem Tage der schändlichen Zusammenrottung auf dem Dreikreuzplatz, da Abgeordnete, die sich zur Nationalversammlung begaben, tätlich angegriffen wurden. Man möchte gar nicht an jene Scheußlichkeit denken, aber die damals ausgeworfene Saat gibt heute noch ihre Frucht. Das Gift, das in die Gehirne und Gewissen geflößt wurde, gebärt heute noch giftige Früchte. Da muß man sich daran erinnern, daß die damaligen Proteste gegen die Wahl Gabriel Narutowicz' nicht die Merkmale einer elementaren Reaktion trugen, sondern von politischen Komödianten mit Hilfe von Demagogen und Verleumdern inszeniert wurden. Weiß man doch, daß

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

V.

„Hier Funke — wer dort?“ — „Bohnkraut, Morning, Assessor. Was Neues?“ — „Leider nichts Besonderes.“ — „Haben Sie denn immer noch nicht herausgebracht, wo der Halunke jetzt wohnt?“ — „Fragen Sie doch nicht so töricht! Wenn wir seine Adresse wüßten, hätten wir ihn schon längst gepackt.“ — „Well! Auf Wiedersehen!“

Funke lehnte sich im Amtssessel weit zurück und überdachte die Ereignisse der letzten Tage. Gott weiß, es war ihm nicht gut gegangen. Zuerst der Rüffel vom Polizeipräsidenten, dann die Vorwürfe des Kurdirektors, dann die Jeremiade des Bürgermeisters.

Die drei waren untröstlich; denn jetzt hatte Breckendorf seinen Skandal, seine Affäre. Zu Dutzenden verließen die Kurgäste die „verhexte Stadt“; die Geschäftsleute tobten, die Hotels und Fremdenpensionen schimpften auf die Polizei, die an ihren unvermieteten Zimmern schuld sei und den Fremdenverkehr mit Gewalt ruiniere.

Das Kurtheater spielte täglich vor halbleeren Häusern. Es ruhte seit der mißglückten Galavorstellung ein Fluch auf dem Musentempel; das Publikum ist noch abergläubischer als die Schauspieler. Lohengrin pflegte seine zerquetschte Nase und schwur, wenn sie nicht wieder kerzengerade und farblos würde wie ehedem, werde er die Stadt auf eine lebenslängliche Rente verklagen.

„Wenn uns das große Schaufliegen nächste Woche nicht herausreißt,“ wehklagte der Kurdirektor, „dann ist die ganze Saison verpfuscht. Mit Stickstoff allein lockt man keinen Hund vom Ofen. Wenn das so weiter geht, dann kriegen wir noch Leute in unser Bad, die wirklich krank sind!“

Der „Tägliche Anzeiger“ des benachbarten Konkurrenzbades Kümmelstadt wälzte sich förmlich wonnegrunzend in dem Mißgeschick Breckendorfs. Jeden Abend brachte er neue Notizen unter der stehenden Überschrift „Vom Breckendorfer Kriegsschauplatz“. Bald schrieb er, der Breckendorfer Stickstoff sei tatsächlich ein Jungbrunnen; besonders Einbrechern bekomme er sichtlich ausgezeichnet. Bald spottete er, der berühmte Sherlock Holmes beabsichtige, seinen Wohnsitz nach Breckendorf zu verlegen, weil er von den dortigen Behörden noch etwas lernen könne. Und nie war der Kümmelstädter „Tägliche Anzeiger“ so eifrig in Breckendorf gelesen wie jetzt.

Im Friedrichsenschen Pensionat hatte es wieder eine Strafarbeit gegeben über das Thema: „Weshalb hielt Cato der Ältere die Zerstörung Karthagos für notwendig?“, weil die Zöglinge im Theater nach dem Galerie-Zwischenruf „Gustav, kneif mich doch nicht so!“ einstimmig herausgeplatzt waren. Frau Friederichsen, geborene Müller, hätte es nie für möglich gehalten, daß ihre Schutzgefohlenen diesen Zwischenruf verstanden. So weit waren sie doch noch gar nicht im Unterricht.

Für rund 850 000 Mark Schaden an gestohlenen Wertgegenständen war nach der „Lohengrin“-Vorstellung angemeldet worden; die Zahl der vermißten Mäntel, Hüte, Schals, Gummischuhe, Spazierstöcke, Regenschirme ging ins Lächerliche.

Es hatte zwar gestern mittag im „Breckendorfer Tageblatt“ gestanden: „Unsere ausgezeichnete Kriminalpolizei ist den Verbrechern auf der Fährte. Die Festnahme ist nur noch eine Frage von Stunden . . .“, aber Assessor Funke wußte es besser. Nichts, gar nichts Wesentliches hatte die Polizei bisher herausgebracht, obwohl der gesamte Beamtenstab fieberhaft arbeitete.

Es war allerdings ein junger Bursche verhaftet worden, als er in einer berüchtigten Hehlerkneipe eine im Theater gestohlene Brillantbrosche an den Mann zu bringen versuchte. Allein dieses Individuum gehörte offenbar der gesuchten Bande nicht an, sondern hatte auf eigene Rechnung und Gefahr gearbeitet. War er doch erst am Morgen des denkwürdigen Tages nach mehrjähriger Strafe aus dem Gefängnis entlassen worden. Das Kreuzverhör, dem er unterzogen wurde, verlief denn auch völlig ergebnislos.

Assessor Funke faßte die bisherigen Feststellungen zusammen. Wie hatte sich der Streich abgespielt? Im Maschinensaal des Elektrizitätswerkes war, nach der übereinstimmenden Aussage der Nachtschicht-Arbeiter, plötzlich der Ruf erschollen: „Ein toller Hund!“ Gleichzeitig sahen sie tatsächlich einen riesigen Köter kläffend durch den Raum sausen. Ob er wirklich toll war, konnten sie nicht beschwören. Die Arbeiter flüchteten Hals über Kopf die Treppe hinaus, und wenige Sekunden später versagte das Licht. Als der Hund nicht mehr bellte, traute sich der Tapferste von ihnen wieder in den Maschinensaal. Das Biest war verschwunden. Das mittelste Fenster stand offen. Es war künstlich Kurzschluß herbeigeführt worden, jedoch ohne ernstliche Störung der Maschinen. So ließ sich der Schaden in wenigen Minuten wieder beheben.

Der Pförtner des Elektrizitätswerkes hatte weder den Hund noch verdächtige Gestalten bemerkt. Er war wiederholt telephonisch angerufen worden, ohne daß sich der Teilnehmer meldete. Zuletzt hatte er wütend den Hörer eingehängt und hatte auf Anläuten überhaupt nicht mehr reagiert; er ließ sich auch nicht zum besten halten. Also deshalb hatte die Polizei auf ihr Anrufen keine Antwort erhalten!

Während der Dunkelheit fuhren andere Mitglieder der Bande, die genau nach der Uhr zu arbeiten schien, in Automobilen vor das Kurtheater. Einer, vielleicht derselbe, der der Garderobefrau mittels des Hundehalsbandes Morphium beigebracht hatte, hielt den Pförtner in Schach; die übrigen räumten in aller Gemütsruhe die Garderobe aus. Spießgesellen stahlen unterdessen im Zuschauerraum, was sie erwischen konnten.

(Fortsetzung folgt.)

der jetzige Staatspräsident mit denselben Stimmen gewählt wurde, was ihn in den Augen der nationalen Meinung keineswegs disqualifiziert. Die Menge auf dem Dreikreuzplatz kam nicht von selbst. Die Knüppel in den Händen von Jugendlichen waren einander zu ähnlich, als daß man denken konnte, daß sich jeder von ihnen ohne Verständigung mit den anderen auf eigene Faust vorbereitet hätte. Die Knüppel wurden organisatorisch verteilt. Man rief die Straße zusammen, damit sie gegen das Gesetz ausschritt. Von Parteilokalen und von Balkons aus trug man der Menge die Ausübung von Gewalttätigkeiten auf. Dachte man vielleicht, daß sich die Menge schön in Reih und Glied aufstellen und im Spaziergang die Straßen der Stadt durchschreiten würde? Man wußte, daß die erregte Menge nicht im Spaziergang, ja nicht einmal in heiser geschriener Kehle Beruhigung finden würde, sondern in blutigen Ausschreitungen, die unter solchen Umständen eintreten mußten. In die Aktion zog man Schuljugend hinein, als ob die Vergiftung des Lebens im älteren Geschlecht eine zu geringe Annehmlichkeit der heutigen Zeit wäre. Man mußte noch die Freude des Kindesalters vergiften. Auch das Kind mußte in die Parteihändel hineingezogen werden. Mag es sich doch beizeiten an schreierisches Wesen gewöhnen, mag es auch die Anarchie, den Kampf mit dem Gesetz und die Umsturzgelüste schmecken und einige Früchte vom Baume der Verleumdung pflücken und genießen. Die Regisseure der Demonstration waren auch einige Abgeordnete. — Der Staatsanwalt verlangte ihre Auslieferung durch den Sejm. Man lieferte sie nicht aus. Die Rechte ließ eine „Vergewaltigung" der Unantastbarkeit der Abgeordneten nicht zu. Sie sagte, sie wären unschuldig. Aber der Staatsanwalt war anderer Meinung. Damals verhielt sich die Rechte nicht so, wie jetzt gegenüber den Abgeordneten, die nach den Krakauer Vorgängen ausgeliefert werden. Schuldig oder nicht schuldig, vor Gericht können sie sich vor den Vorwürfen säubern. So sprach doch im Namen des Christlichen Verbandes der nationalen Einheit der Abg. Konopczyński. Wir hegen keinen Haß gegen die drei Abgeordneten, sagte er. Der Abg. Bobrowski genießt den Ruf eines unbefleckten Bürgers, der Abg. Stańczyk ist uns mit seinem Kampfeseifer sympathischer als mancher Krakauer „stańczyk" (Possenreißer), und der Abg. Marek bezaubert geradezu alle, die mit ihm in Berührung kommen. Das Gericht wird höchstwahrscheinlich feststellen, daß der Schüler des Schwarzkünstlers und nicht der Schwarzkünstler selbst gewisse Elemente entfesselte und sie nicht zu bändigen gewußt hätte, wenn sie sich nicht selbst patriotisch gezeigt hätten. Vielleicht gehen die Abgeordneten rein wie die Engel hervor, aber zuerst müssen sie sich dem Gericht stellen. Anders sprach man vor einem Jahre. Da ließ man eine „Reinigung von Vorwürfen" vor Gericht nicht zu. Die erste Bedingung der politischen Komödie ist der Mangel an Grundsätzen und zweierlei Maß in allen Fragen ohne Ausnahme. Anders gegenüber den Parteigenossen und anders gegenüber den Gegnern. Heute wird die Komödie mit vergrößertem politischen Ensemble offen gespielt. Das Volk wird aufgezogen in der Überzeugung, daß Grundsätze in der Politik ebenso entbehrlich sind wie das Loch in der Brücke. Es kommt aber vor, daß gewisse politische Brücken und Parteibrücken eben durch die Macht der Grundsätze gesprengt werden. Es empfiehlt sich also, auf solchen Brücken vorsichtiger zu spazieren. Für alle Fälle!"

Gibt es eine polnische Irredenta?

In der Warschauer „Rzeczpospolita" (vom 22. November) war die Rede von der „Fälschung" der Volksabstimmung in Ostpreußen, und es wurde dort gesagt, daß die polnischen Landesteile, die für Polen verlorengegangen seien, schon morgen oder übermorgen unter einem gemeinsamen Dache „mit uns" leben würden und die „Polonia irredenta" alle Möglichkeiten biete, zum (polnischen) Volksleben erweckt zu werden.

An diese Äußerungen der polnischen Blätter knüpft die „Gazeta Olsztyńska" (Nr. 270 vom 30. November) folgende Bemerkungen: „Mit dem Inhalt dieser Artikel erklären wir Polen in Deutschland uns nicht solidarisch. Namentlich der Abschnitt betreffend die „Polonia irredenta" in der „Rzeczpospolita" steht zu dem politischen Programm des Polenbundes in Deutschland direkt im Widerspruch. Eine „Polonia irredenta" ist bei uns ein Nonsens. Wir träumen hier nicht einmal von einer „Irredenta" und bitten darum, daß man sich in Polen in einer für uns so schädlichen Form über uns nicht auslassen möge. Wir bitten um Hilfe und Unterstützung für unsere Kultur- und Aufklärungstätigkeit; mit der „Irredenta" aber mögen politische Kinder spielen."

Poincaré weist Italien in der Tangerfrage zurück.

In Beantwortung einer italienischen Anfrage hat Poincaré der römischen Regierung mitgeteilt, daß ihren Wünschen, an der Pariser Sachverständigenkonferenz teilzunehmen, nicht stattgegeben werden könnte. In der französischen Erklärung wird dem „Temps" zufolge darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Besprechungen über Tanger sich an die früheren Verhandlungen anschließen und Italien es unterlassen habe, sich 1912, als das Programm angeschnitten wurde, zum Worte zu melden.

Italien will protestieren.

Rom, 12. Dezember. (Pat.) **Die italienische Regierung ist nicht einverstanden mit der Entscheidung der Tangerfrage und beabsichtigt, gegen die Entscheidung zu protestieren. Die öffentliche Meinung Italiens hofft, daß die Vereinigten Staaten sich diesem Protest anschließen werden. Großes Erstaunen ruft die Tatsache hervor, daß Spanien auch nicht mit der Entscheidung in der Tangerfrage zufrieden ist und wahrscheinlich den Vertrag, der die Tangerfrage regelt, nicht unterschreiben wird.**

Italien und Spanien.

Eine neue Zusammenkunft des italienischen und des spanischen Königspaares wird im nächsten Mai auf Mallorca, einer der Balearen, stattfinden. Ein mehrtägiger Aufenthalt auf der Insel ist vorgesehen.

Telegraphenstreik in Wien.

Der Montag morgen ausgebrochene Post-, Telegraphen- und Telephonstreik dauert fort. Die Verhandlungen, die von der Regierung mit den Vertretern der Postbeamten stattgefunden haben sind trotz Entgegenkommens der Regierung gescheitert.

Aus den Baltenstaaten.

Die letzten deutschen Beamten

haben in der vergangenen Woche Memel verlassen.

Buchdruckerausstand in Kowno.

In Kowno sind sämtliche Druckereien in den Ausstand getreten. Infolgedessen sind keine Zeitungen erschienen.

Eine Wirtschaftskrise in Litauen.

In der Sowjetpresse wird festgestellt, daß Litauen eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise durchmacht. Die litauische Regierung führt eine Reihe von Reduktionen in Staatsinstitutionen durch. **Bisher wurde 8000 Beamten und vielen Arbeitern gekündigt.**

Das Kabinett Baldwin bleibt bis 8. Januar.

Auf der Sitzung des englischen Kabinetts am Dienstag, dem 11. d. Mts. wurde einstimmig beschlossen, daß angesichts der durch die Wahlen geschaffenen unklaren Parteilage das gegenwärtige Kabinett Baldwin noch am Ruder bleiben solle, bis am 8. Januar 1924 das neue Parlament zusammentritt.

Das Prestige des rechten konservativen Flügels, der franzosenfreundlichen Diehards, hat durch den Wahlausfall sehr gelitten.

Nach „Daily Expreß" soll die Demission Lord Curzons keinem Zweifel unterliegen.

Die Arbeiterpartei zur Regierung bereit.

Nachdem bis jetzt viel davon gesprochen war, daß die Arbeiterpartei die Uebernahme der Regierungsgewalt unter den gegenwärtigen Umständen ablehnen werde, verlautet neuerdings mit ziemlicher Bestimmtheit, daß Mac Donald den Ruf annehmen werde. Nach dem „Evening Standard" soll Macdonald bereits einigen Freunden gegenüber erklärt haben, daß er zur Regierungsbildung bereit sei. In diesem Falle, schreibt das Blatt, werde MacDonald die Arbeitslosenfrage in den Vordergrund rücken und zu diesem Zwecke das Parlament um Bewilligung großer öffentlicher Arbeiten (Schul- und Eisenbahnbauten, Elektrisierung der Verkehrsmittel) ersuchen. Das Problem der Kapitalsabgabe werde Sachverständigen zur Prüfung und Ausarbeitung entsprechender Pläne überwiesen, d. h. zurückgestellt werden. Mac Donald werde sich bemühen, so vorzugehen, daß er nicht mit den Liberalen in Konflikt gerät, aber den Gedanken einer Koalition lehne er durchaus ab. Durch ihre Arbeitslosenpolitik hoffe die Arbeiterpartei, sich eine günstige Plattform für die nächsten Wahlen zu sichern. Als erstes würde eine Arbeiterregierung das Niveau der Arbeiterlöhne wieder heben, das nach dem Kriege herabgedrückt worden sei. Ferner werde sie ein energisches Bauprogramm durchführen. Eine Entscheidung wird die Leitung der Arbeiterpartei erst am Mittwoch oder Donnerstag treffen.

Macdonald über Frankreich.

Ramsay Macdonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin", er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gesinnt sei. Es wäre eine Kleinigkeit, die öffentliche Meinung in Großbritannien gegen Frankreich aufzuhetzen. Eine Frage, die in kürzester Zeit gestellt werden würde, sei die der französischen Schulden gegenüber Großbritannien. **Alle französischen Statistiken zeigten, daß Frankreich gedeihe. Das englische Volk frage sich deshalb, warum es nicht bezahle, was es schuldig sei, da die Engländer doch ihre Schuld bei den Vereinigten Staaten beglichen.** Frankreich könne sich rühmen, keine Arbeitslosen zu haben. Es scheine aber, daß es sich nicht Rechenschaft davon ablege, daß England nicht so glücklich sei. In England glaube man, daß Frankreich kein offenes Spiel treibe, und daß es eine als egoistisch empfundene Politik verfolge. Gewisse Reden Poincarés hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Nach der Ansicht der englischen Arbeiter sei das Ruhrunternehmen Frankreichs vollkommen unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente aufrechterhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Die Politik der Vereinigten Staaten.

Frankreich fürchtet Amerika.

Die Erklärungen, welche der Staatssekretär Hughes am 30. November in seiner Rede in Philadelphia abgegeben hat, werden in Paris mit Unruhe kommentiert. Es ist unglaublich, daß Menschen mit gesundem Verstand eine Drohung in den Worten finden: „Wir Amerikaner wünschen das Ende der Rüstungen und das Ende des Hasses." Dennoch aber ist es wahr, daß in mehreren französischen Zeitungen zu lesen ist, die Worte des Staatssekretärs Hughes seien zwar sehr edel, sie könnten aber von den Gegnern der französischen Politik oder von „zweifelhaften Verbündeten" so umgedeutet werden, daß Frankreich vor der Welt in den Anklagezustand versetzt werden soll. Alles, was Hughes gesagt habe, sei an sich unangreifbar, aber in diesem Satze seien Drohungen verborgen, die von einem Sachverständigenkomitee mit erweiterten Vollmachten, wie es die Amerikaner wünschen, das Schlimmste befürchten lassen. Aus solchen Bemerkungen ist zu erkennen, daß die Teilnahme Amerikas an den Sachverständigenkomitees Herrn Poincaré nur dann erwünscht sein würde, wenn Amerika im voraus den Standpunkt Frankreichs akzeptiert. Es wäre zu wünschen, daß die amerikanische Regierung durch ihre Antwort die Möglichkeit gibt, diese französische Auffassung vor der Welt festzustellen.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Reuter meldet aus Washington: Ein neuer Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ist vom Staatssekretär Hughes und dem deutschen Botschafter Wiedfeldt unterzeichnet worden. Der Vertrag, der an die Stelle des während des Krieges außer Kraft gesetzten tritt, soll dem Senat baldigst zur Ratifikation unterbreitet werden.

Die amerikanischen Kredite für Deutschland.

Präsident Coolidge ist gegen den Vorschlag des Senators Lenroot von Wisconsin, der eine Geldbewilligung zur Unterstützung Deutschlands vorsieht.

Ein Telegramm der „Morning Post" aus Washington betont, daß die phantastischen Gerüchte über eine amerikanische Riesenanleihe an Deutschland durch die letzte Erklärung des Präsidenten Coolidge endgültig erledigt seien. Mit Rücksicht auf die Stimmung des Kongresses sei es ausgeschlossen, daß die Kredite für Nahrungsmittel anders als auf rein geschäftlicher Basis durchgeführt werden könnten. Da Deutschland im Augenblick keine wirklichen Sicherheiten bieten könne, verlange der Präsident, daß die amerikanischen Guthaben eine Priorität gegenüber allen anderen deutschen Verpflichtungen erhalten müßten. Außerdem wäre ein erheblicher Zinsfuß Voraussetzung.

Ein amerikanischer Finanzberater für Persien.

Der persische Finanzminister, der sich gegenwärtig in Neuyork aufhält, erklärte, daß der amerikanische Bankier Philpot zum Leiter der persischen Finanzen ernannt worden sei. Die Ernennung des amerikanischen Bankiers steht im Zusammenhang mit einer Anleihe von 40 Millionen Dollars, die Persien in den Vereinigten Staaten erhalten hat.

Coolidge Präsidentschaftskandidat.

Wie „Neuyork Herald" aus Washington berichtet, wird Coolidge demnächst offiziell seine Kandidatur für die Präsidentenwahl im nächsten Jahr aufstellen. Morgan Butler werde Chef der Wahlorganisation der Republikaner, und zwar auf ausdrückliches Verlangen des Präsidenten Coolidge.

Deutsches Reich.

Internationale Kredite für Deutschland.

Die „Magdeb. Ztg." meldet über die internationale Kreditaktion für Deutschland: Die Gesamtkredite für die deutsche Währung belaufen sich auf 450 Millionen Goldmark. Der englische Privatkredit erreicht 100 Millionen, der holländische 80 Millionen, der dänische 60 Millionen, während der übrige Betrag sich auf Schweden, die Schweiz und Amerika verteilt. Die abgeschlossenen Kreditverträge treten sofort in Kraft, sie haben bereits ihre Einwirkung auf die internationale Bessergestaltung der deutschen Mark gezeigt.

Helfferich Reichsbankpräsident?

Die mehrstündige Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank hat am Montag einstimmig beschlossen, an dem Vorschlag des Staatsministers a. D. Helfferich festzuhalten. Der Beschluß wird eingehend damit begründet, daß Herr Helfferich sachlich für am geeignetsten angesehen werden müsse, den Posten als Reichsbankpräsident zu übernehmen.

Prozeß der „Vossischen Zeitung" gegen die „Deutsche Allgemeine".

Ein politischer Streitfall wird am 21. Dezember das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigen. Wegen Beleidigung ist angeklagt der Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Simon; Kläger sind Dr. Franz Ullstein und Chefredakteur Georg Bernhard. In dieser Verhandlung wird die Haltung der „Vossischen Zeitung" in der Ruhrfrage Gegenstand der gerichtlichen Beurteilung sein. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" war die „Vossische Zeitung" wiederholt „Gazette de Voß" genannt und ihr vorgeworfen worden, daß sie in der Ruhrfrage „eine undeutsche Haltung" eingenommen habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" beruft sich darauf, daß diese Bezeichnung nicht von ihr herrühre, sondern daß man in weiteren Kreisen die „Vossische Zeitung" so nenne. Es wird aber bestritten, daß mit diesem Ausdruck etwa gesagt werden solle, daß die „Vossische Zeitung" französische Interessen vertrete. Der Verteidiger des Angeklagten beruft sich auf ein Urteil, das in dem Streit der „Vossischen Zeitung" mit den „Leipziger Neuesten Nachrichten" ergangen ist. Von den Klägern wird in der Behauptung der undeutschen Haltung eine schwere Beleidigung für einen deutschen Zeitungsverleger und Chefredakteur erblickt, da die „Vossische Zeitung" gemäß der von ihr vertretenen kontinentalen Politik auf dem Verständigungsstandpunkt stehe. Für die Verhandlung ist ein voller Sitzungstag angesetzt.

Von der Ruhrindustrie.

Zehnstunden-Schicht im Ruhrrevier.

Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerke haben beschlossen, nur in denjenigen Betrieben die Produktion wieder aufzunehmen, in denen sich die Arbeiterschaft mit der Wiedereinführung der zehnstündigen Schicht einverstanden erklärt. Auf verschiedenen Werken, so auf einigen des Thyssen-Konzerns wie auch auf den Rheinischen Stahlwerken wird bereits wieder in zehnstündiger Schicht gearbeitet. Wie wir hören, beabsichtigt die deutsche Kaliindustrie, **nachdem die zentralen Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage mit den Arbeitnehmern** gescheitert sind, erst den Verlauf der Verhandlungen in dieser Frage in den einzelnen Kohlenbergbaurevieren abzuwarten. Für nächsten Mittwoch erwartet man die ersten Ergebnisse dieser Verhandlungen.

Austauschverträge mit den lothringischen Grubenbesitzern.

Seit dem Abschluß der Verträge der Ruhrkohlenbesitzer mit der französisch-belgischen Minenkommission schweben wieder Verhandlungen zwischen Konzernen der Ruhrindustrie und den lothringischen Erzgrubenbesitzern, wie de Wendel, über den Abschluß von Verträgen über die Lieferung von Erzen im Austausch gegen Koks. Da die Ruhrzechen auf die Dauer kaum einen genügenden Absatz für den Koks haben werden, dürfte es bald zum Abschluß von Lieferungsverträgen mit den lothringischen Erzgrubenbesitzern kommen. Auf die Frage einer finanziellen Beteiligung der lothringischen Industrie an den deutschen Werken im Ruhrgebiet ist man nicht mehr eingegangen, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die lothringische Eisenindustrie, die im Saargebiet viel Geld investiert hat, zurzeit nicht in der Lage ist, große Summen für Beteiligung an der Ruhrindustrie aufzubringen.

Sowjetrußland.

Ende des russisch-rumänischen Grenzkonflikts.

In Tyraspol wurde ein Vertrag zwischen Sowjetrußland und Rumänien über die Liquidierung der Grenzkonflikte am Dnjestr unterzeichnet. Es sollen besondere Grenzkommissionen gebildet werden.

Die Bedeutung der Memelfrage für Rußland.

Tschitscherin hat an die Regierungen von England, Frankreich, Italien, Japan, Tschechien, der Schweiz, Spanien, Uruguay und Brasilien eine Note gerichtet, in der gegen die Entscheidung der Memelfrage ohne Hinzuziehung Sowjetrußlands protestiert und darauf hingewiesen wird, daß die Memelfrage und die Schiffahrt auf dem Njemen für Sowjetrußland von großer Bedeutung sei.

Ernste Lage in Mexiko.

Reuter meldet aus Mexiko: 28 000 Mann regierungstreue Bundestruppen marschieren auf Vera Cruz, das Hauptquartier der Aufständischen. Präsident Obregon hat ein Manifest veröffentlicht, worin er den Aufstand als eine Verschwörung gegen das Volk bezeichnet. Nach einer Havasmeldung aus Mexiko ist General Estrade zu den Aufständischen übergegangen.

Der mexikanische Aufstand ist nach Meldungen aus Mexiko nicht ohne Rückwirkung auf das Leben des Landes und besonders der Hauptstadt geblieben. Die Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Die Kaffeehäuser werden geschlossen gehalten, bis die städtischen Wahlen beendet sind, was wahrscheinlich Mitte der Woche der Fall sein wird. Die Bundestruppen unterstützen die Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Eisenbahnverkehr zwischen der Stadt Mexiko und Vera Cruz ist unterbrochen. Der Korrespondent der „Times" fügt hinzu, **daß die amerikanische Regierung die Lage als sehr ernst ansehe** und daß zurzeit **Besprechungen zwischen Präsident Coolidge, Staatssekretär Hughes und anderen hervorragenden Persönlichkeiten** über diese Angelegenheit stattfänden.

Nachruf!

Am 8. d. Mts. starb plötzlich der

Amtsrat und Rittergutsbesitzer

Wilhelm Hoberg

aus Gwiazdowo.

Der Verstorbene war seit mehreren Jahren Mitglied unseres Aufsichtsrats und hat die Interessen unseres Unternehmens stets auf das wärmste vertreten.

Wir werden ihm ein treues und dankbares Andenken bewahren.

Poznań, den 12. Dezember 1923.

Der Geschäftsführer und der Aufsichtsrat der

„Mecentra“

Maschinen-Zentrale des Verbandes landw. Genossenschaften in Großpolen, T. z o. p., Poznań und Międzychód.

Verspätet.

Am 6. Dezember d. Js. entschief sanft nach kurzer Krankheit mein herzensguter, lieber Mann, Schwager und Onkel, der

Gutsbesitzer Hermann Arndt

aus Bieslin

im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer

Hedwig Arndt

geb. Hoffarth.

Bieslin, den 10. Dezember 1923.

Zeitungsbezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

an das Postamt wenden,

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir, eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań ul. Zwierzyniecka 6 zu richten.

Das „Posener Tageblatt“ kann zu jederzeit bestellt werden.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 12. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana“**, Oper in 1 Akt von Mascagni und **„Bajazzo“**, Oper in 2 Akten von Leoncavallo.
Donnerstag,	den 13. 12., 7½ Uhr: **„Das Schloß in Czorsztyn“**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo“**, Ballett. (Abonnement ungültig).
Freitag,	den 14. 12., 7½ Uhr: **„Lohengrin“**, Romant. Oper v. Wagner. (Gastsp. Tadeusz Dura.)
Sonnabend,	den 15. 12., um 7½ Uhr: **„Rigoletto“**, Oper von Verdi.
Sonntag,	den 16. 12., nachmittag: **„II. Abend der Tanzkunst“**. (Ermäßigte Preise).
Sonntag,	den 16. 12., abends: **„Glocken von Corneville“**, Komische Oper von Planquette

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Dezember.

Bargeldloser Geldverkehr.

Die Landesdarlehnskasse treibt eifrig Propaganda für den bargeldlosen Geldumlauf. Als weiterer Schritt in dieser Richtung ist die Emission eigener Überweisungen für Geldsummen von 50 bis 100 Millionen Mark durch sie anzusehen. Hierzu schreibt der „Monitor Polski":

Mit Rücksicht auf den Mangel an Zahlungsmitteln in größeren Banknotenabschnitten werden obige Überweisungen ein Bargeldsurrogat bilden, zumal da sie in vielen Orten gegen Vorlegung im ganzen Bereiche des Staates in allen Zweigstellen der Polnischen Staatsdarlehnskasse ohne Entrichtung einer besonderen Provision zahlbar sind. Unzweifelhaft werden sie in Industrie- und Handelskreisen beim Ausgleich hoher gegenseitiger Verpflichtungen weiten Eingang finden, weil jeder in der Lage sein wird, sich mit obigen Überweisungen sicher in irgend einer Zweigstelle der Polnischen Staatsdarlehnskasse zu versehen, um sie in jeder anderen Filiale gegen Bargeld einzutauschen. Mit diesen Überweisungen kann man seine Verpflichtungen in Banken und Finanzämtern begleichen, welche sie auf gleicher Stufe wie Bargeld annehmen werden. Infolge dieser Überweisungen wird eine größere Anzahl von Banknoten in kleineren Abschnitten aus dem Umlauf zurückgezogen werden können und bei der Auszahlung von Löhnen und Gehältern derjenigen arbeitenden Klassen Verwendung finden, welchen Bargeld zur sofortigen Bestreitung der Kosten für den täglichen Unterhalt unbedingt notwendig ist.

Die Überweisungen haben Scheckformat mit dem Datum vom 20. November 1923. Sie sind auf Banknotenpapier angefertigt, welches auf einer Seite für die 50-Millionensummen auf hellblauem, für die 100-Millionenquoten auf rosafarbenem Hintergrund bedruckt und außer den mechanischen Unterschriften der Hauptdirektion mit der eigenen Kontrollunterschrift eines der Beamten der Polnischen Staatsdarlehnskasse versehen sind.

Die Überweisungen sind jeden Augenblick fällig (zahlbar). Der endgültige Termin der Überweisungszahlbarkeit wurde für den 31. März 1924 festgesetzt.

Die neuen Zollabgaben und Strafen für Zollvergehen.

Vom 1. Januar 1924 gilt das Gesetz über die Anwendung einer Festeinheit bei der Berechnung der öffentlichen Abgaben und der Kredite, die von Regierungs- und Selbstverwaltungsinstitutionen gewährt werden. Das Gesetz erstreckt sich auch auf die Zollabgaben und die Strafen für Zollvergehungen. Die Valorisierung der Zollabgaben wird darauf beruhen, daß die in Gold ausgedrückten Sätze des Zolltarifs und alle anderen Zollzuständigkeiten auf der Grundlage des Goldfranken ausgemessen werden. Die so veranlagten Zollgebühren werden bei ihrer Entrichtung nach dem amtlichen Wert des Goldfranken, der durch Bekanntmachungen, die bei den Kassen der Zollämter an sichtbaren Stellen angeschlagen werden, den Zahlern zur Kenntnis gegeben wird, in Polenmark umgerechnet. Die Zölle werden in Polenmark oder auf Wunsch auch in Gold nach den Sätzen des Zolltarifs entrichtet werden können. Die Wahl zwischen der Entrichtung der Zölle in Polenmark oder Gold steht den Interessenten nicht in den Fällen zu, in denen diese ausschließliche Bezahlung der Zölle in Gold verlangen.

Großes Theater.

Der Freitag abend brachte für diejenigen, die sich von der polnischen Opernliteratur eine Vorstellung nur nach den bisher hier aufgeführten Opern gemacht hatten, eine Überraschung. Man sah, daß es auch eine richtige polnische Spieloper gibt. Der Abend brachte die erste hiesige Aufführung eines mehr als hundert Jahre alten Werkes, — der im Jahre 1819 entstandenen Oper „Das Schloß in Czorsztyn" (oder „Bojomir und Wanda") von Karl Karpiński. Wanda, die Tochter des Schloßherrn von Czorsztyn, ist in geistige Umnachtung verfallen, weil sie auf Befehl des strengen Vaters ihrer Liebe zu Bojomir entsagen soll. Sie wird in einem einsamen Schlosse von jeder Berührung mit der Außenwelt ferngehalten. In dieses Schloß kommt ahnungslos in später Nacht der verirrte Bojomir. Wanda sieht ihn, hört ihn, erwacht aus ihrer Umnachtung, und der bis dahin unerbittliche Vater gibt dem Bunde seinen Segen. Das ist der dramatische Inhalt der Oper, deren Musik zwar einer persönlichen Färbung entbehrt, aber in durchaus gutem Sinne von den besten Vorbildern ihrer Zeit beeinflußt ist und in sehr vornehmer, geschmackvoller Weise die Sprache Mozarts und Rossinis spricht.

An der hiesigen Aufführung darf vor allen Dingen die stilvolle, lebendige Wiedergabe des Orchesterparts gerühmt werden (Leitung: Direktor Stermich). Aber auch was man auf der Bühne sah und hörte, verdient nachdrücklicher Anerkennung. Frl. Chwińska, Herr Malawski und Herr Tarnawski in den Hauptrollen sowie Frl. Majchrzak als anmutige Vertraute der jungen Schloßherrin und Herr Wawrzyniecki in einer ergötzlichen leporelloartigen Bufforolle bilden nicht nur gesanglich, sondern — was in dieser Spieloper besonders wichtig ist — auch darstellerisch ein sehr wirkungsvolles Ensemble.

Die Oper wurde vom Publikum mit starkem Beifall entgegengenommen. Ebenso, mit Recht, ein Ballett, das der Oper folgte: Die schon früher hier gegebene „Hochzeit in Ojców", — auch ein schon hundert Jahre altes (dabei aber durchaus jugendfrisches) Werk. Es wurde im Jahre 1920 von Steffani aus einer Oper von Karpiński (dem Verfasser des „Schlosses in Czorsztyn") umgearbeitet. Im Rahmen einer Hochzeitsfeier bringt es eine Reihe von Nationaltänzen auf die Bühne, deren Wiedergabe einem Ballettkörper besonders dankbare Aufgaben stellt. Herr Cieplinski, Frl. Łukomska und die übrigen Damen und Herren der hiesigen Ballettruppe entledigten sich dieser Aufgabe mit Geschick und Temperament. An dem günstigen Eindruck dieser Ballettaufführung ist auch ihr musikalischer Leiter, Herr Kapellmeister Tyllia, beteiligt. th.

Erhöhung des Spirituspreises. Der Preis für Spirituosen ist von heute ab um 100 Prozent höher als bisher.

Bank Miasta Poznania (Bank der Stadt Posen) so lautet von jetzt ab der Titel der bisherigen Städtischen Sparkasse.

Der Verband der Graphischen und Verlagsanstalten für das westliche Polen gibt bekannt:

Am 24. November meldeten die Zeitungen, daß das Papier teurer geworden ist: von 1 Milliarde stieg der Preis auf 1 Milliarde 300 000 Millionen für 10 000 Kilo. (Bei Normierung des Abonnements für Dezember war 1 Milliarde die Grundlage.) In der Zwischenzeit sind die Löhne um 122 Prozent gestiegen, und die Papierfabriken, die auf der Grundlage des Schweizer Franken kalkulieren, notieren jetzt einen Waggon = 10 000 Kilo mit 2 Milliarden 180 Millionen Mark. Am 15. Dezember stehen die Zeitungsverlage wieder vor der Aufgabe, die Höhe des Bezugspreises für Januar festzusetzen, einer Aufgabe, die sie mit Grausen erfüllt."

X **Zum Besten der Altershilfe** hatte der Deutsche Theaterverein die von ihm mit so sichtbarem Erfolge gepflegte dramatische Kunst durch die Wiederholung der Sudermannschen „Heimat" am gestrigen Abend in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt. Erfreulicherweise mit einem günstigen ideellen und zugleich finanziellen Ergebnis, da der große Saal des Zoologischen Gartens gut besetzt, auf den besseren Plätzen sogar ausverkauft war. Namens des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden des Deutschen Wohlfahrtsdienstes konnte Geheimrat D. Staemmler dem Deutschen Theaterverein bzw. den Darstellern, wie den Erschienenen aufrichtig danken und namentlich die letzteren um weitere Erhaltung des Wohlwollens für die Altershilfe bitten. Denn es gilt, großer Not zu steuern, die angesichts des nahenden Winters sich naturgemäß von Tag zu Tag steigert.

Eine Schülerinnen-Aufführung. Wie im vergangenen Jahre, so lud auch diesmal das Below-Knothesche Lyzeum die Eltern seiner Schülerinnen und die Freunde der Anstalt zu einer Aufführung weihnachtlichen Charakters. Am zweiten Adventssonntag wurde von den Schülerinnen des Lyzeums unter der musikalischen Leitung von Frl. Fuchs und der szenischen Leitung von Frl. Braun die „Schneekönigin" aufgeführt, eine Reihe lebender Bilder, Tanznummern, Rezitationen, Solo- und Chorgesänge nach einem Märchen von Andersen und mit Musik von Carl Bohm. Die jugendlichen und jüngsten Darstellerinnen, Sängerinnen, Sprecherinnen und Tänzerinnen walteten ihres Amtes mit gewaltigem Ernst und ernteten lebhaften und berechtigten Beifall.

Die Deutsche Bücherei sieht sich genötigt, wegen der außerordentlichen Steigerung der Zeitschriftenpreise für Monat Dezember eine Nachzahlung von 600 000 M. zu fordern. Die Mitglieder werden gebeten, sich bis Donnerstag, 13. d. Mts., zu entscheiden, welchem Lesezirkel sie im künftigen Vierteljahr beitreten wollen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den neuen Preisen in Festmark eine Nachzahlung nicht mehr erhoben werden wird.

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein. Auf den Vortrag über Geschichte der Zahntechnik im Deutschen Naturwissenschaftlichen Verein am morgigen Donnerstag, abends 8¼ Uhr, im Deutschen Gymnasium sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

Noch einmal Handarbeitsausstellung. Der Hilfsverein deutscher Frauen gibt folgendes bekannt: Da bei der Handarbeitsausstellung am 6. d. Mts. der Verkauf wegen zu großen Andranges frühzeitig abgebrochen werden mußte, soll er am Sonnabend, dem 15., und am Sonntag, dem 16. d. Mts., von früh um 9 Uhr bis nachmittags um 6 Uhr fortgesetzt werden, und zwar im Below-Knotheschen Lyzeum, Posen, Wały Jana III. Nr. 3. Es ist noch eine Menge sehr schöner, preiswerter Sachen vorhanden, so daß der Hilfsverein hofft, daß sich niemand diese günstige Einkaufsgelegenheit entgehen lassen wird.

X **Ein Mordprozeß** fand vor der hiesigen Strafkammer gegen den 25jährigen Kaufmann Tetzlaff aus Birnbaum statt, der vor zwei Jahren in Posen verhaftet worden war, nachdem er in Bergen auf der Insel Rügen seinen bisherigen Kompagnon Bruno Pfeiffer im September 1921 erdrosselt, dessen Außenstände von seinen Schuldnern eingezogen und auf gefälschte Schecks dessen Kontoguthaben abgehoben hatte. Er war dann ruhelos in Deutschland umhergeirrt, hatte schließlich den Weg über die polnische Grenze gefunden und wurde endlich in einem hiesigen Kaffee verhaftet. Nach zweitägiger Verhandlung erkannte die Strafkammer gegen ihn wegen Totschlags, Betruges und Urkundenfälschung auf eine Gesamtstrafe von 12½ Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, während der Staatsanwalt die Anklage wegen Mordes aufrecht erhalten und die Todesstrafe beantragt hatte.

X **Selbstmord.** Gestern abend stürzte sich im Hause Piekary 18 (früher Bäckerstraße) ein Drogerie-Reisender aus der ul. Strzelecka (fr. Schützenstraße) aus Verzweiflung darüber, daß ihm seine wertvollen Warenproben gestohlen worden waren, aus dem dritten Stock auf die Straße und fand sofort seinen Tod.

X **Vergehen von Kraftwagenführern.** In der Zeit vom 3. bis 10. d. Mts. wurden 55 Kraftwagenführer zur Bestrafung aufgeschrieben, und zwar 4 wegen Fahrens ohne Beleuchtung, 15 wegen zu schnellen Fahrens, 14 wegen Verräucherns der Straßen, 7 wegen Fahrens mit unbeleuchteter Hinternummer, 4 wegen Fahrens mit vollen Reflektoren, 3 wegen Fahrens an der verkehrten Seite, 1 wegen unleserlicher Nummer, 1 wegen Nichthaltens an der Haltestelle der Straßenbahn, 2 wegen Fahrens ohne Diplom, 1 wegen Fahrens ohne Ausweispapiere.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: vom Hofe ul. Wrocławska 13 (fr. Breslauer Str.) ein zweirädriger und ein vierrädriger Handwagen; von der ul. Gołębia (fr. Taubenstr.) ein Fahrrad im Werte von 60 Millionen Mk.; aus einer Wohnung am Plac Działowy 10 (fr. Kanonenplatz) ein Herrenpelz und ein Überzieher im Werte von 500 Millionen Mk.; aus einer Wohnung Wielkie Garbary 17 (fr. Große Gerberstr.) durch Einbruch für 350 Millionen Mk. Herren- und Damenkleidung; aus dem Hause Św. Marcin 63 (fr. St. Martinstr.) und ul. Garncarska 2 (fr. Töpfergasse) für 10 Millionen bzw. 8 Millionen Klosettrohre; aus einer Gastwirtschaft Wierzbięcice 20 (fr. Bitterstr.) Kognak und Eisbeine für 48 Millionen Mk.; aus ul. Kościelna 23 (fr. Kirchstr.) eine Ziege im Werte von 8 Millionen Mk.; aus einer Klempnerwerkstatt ul. Strusia 6 (fr. Parkstr.) Handwerkszeug und Blech für 120 Millionen Mk.; aus einer Wohnung ul. Onufrego Kopczyńskiego 54 (fr. Humboldtstr.) ein Herrenanzug, ein grauer Überzieher, der obere Teil einer Singernähmaschine, Wäschestücke, Schweinefleisch, Schmalz, Zucker, 3 Meter Stoff im Gesamtwerte von 100 Millionen Mk.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 9 Dirnen, 1 gesuchte Person, 2 Obdachlose, 1 Person wegen Unterschlagung, 6 Betrunkene, 1 Bettler, 3 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei.

---

* **Konitz,** 10. Dezember. Die Zahl der deutschen Katholiken ist in Konitz noch beträchtlich. Diesem Umstande war bisher in der Art der Abhaltung der Hauptmessen Rechnung getragen. Nunmehr verbreitet die polnische Presse die Nachricht, daß auf Betreiben der polnischen Gläubigen und des Ortspfarrers erreicht worden ist, daß in Zukunft das sonn- und feiertägige Hochamt ausschließlich polnisch sein werde. Die deutschen Katholiken würden fortan ihre eigenen Gottesdienste haben.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

B. L. in Wr. Thorn wird mit „h" geschrieben. Eduard — da haben Sie recht — ist ein männlicher Vorname. Wenn etwas anderes dort stand, so ist das nur ein Versehen des Rätselonkels. Auch Rätselonkel sind nicht fehlerfrei — da kann man nichts machen.

P. L. hier. 1. Es ist sehr merkwürdig, daß niemand einen Käufer für die roten polnischen Einmarkscheine ausfindig machen kann. Auch wir sind dazu nicht in der Lage — halten deshalb die ganze Angelegenheit, wie wir in dem betreffenden Artikel bereits andeuteten, für eine suggestive planmäßige Irreführung weiter Kreise. 2. Der Eingang zu der Magistratsanzeige in Nr. 279 des „Pos. Tagebl." lautet in deutscher Übersetzung: „Der Magistrat kündigt hiermit die im Umlauf befindlichen städtischen Schuldverschreibungen, nämlich usw." Der Schluß der Anzeige ist folgendermaßen zu übersetzen: „Gleichzeitig werden alle Besitzer von (städtischen) Schuldverschreibungen aufgefordert, das Kapital nebst Zinsen gegen Aushändigung der Schuldscheine nebst Zinskupons und Talons bei der Städtischen Hauptkasse, beginnend am 15. März 1924, in Empfang zu nehmen. Nicht vorgelegte Zinsscheine werden vom betreffenden Betrag in Abzug gebracht."

J. K. in L. Die „bekannte" Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Warschau vom 25. Februar 1922, nach der der dargeliehene Betrag in Goldwert zurückerstattet werden müßte, ist uns und in anderen zuständigen Kreisen nicht bekannt. Unseres Wissens ist eine derartige Entscheidung, die allen Streitigkeiten auf diesem Gebiete die Spitze abbrechen würde, bisher niemals ergangen. Wir raten Ihnen daher, auf diese Forderung nicht eher einzugehen, als bis Ihnen die Existenz der „bekannten" Entscheidung einwandsfrei nachgewiesen wird. Das empfehlen wir Ihnen, dem Rechtsanwalt in Berlin als Antwort auf seinen Brief vom 2. d. Mts. mitzuteilen.

S. M. 12. 1923. 1. Der 23. September war ein Sonntag, infolgedessen fanden keine Kursnotierungen statt. Dagegen notierte der Roggen am 22. September mit 240 000—260 000 Mk. für den Zentner, am 24. September 250 000 bis 270 000 Mk. Am 9. Oktober fand ebenfalls keine Getreidebörse statt. Am 8. Oktober notierte der Roggen mit 600 000—650 000 Mk., am 10. Oktober mit 550 000—600 000 Mk. für den Zentner. 2. Uns ist eine derartige Fabrik nicht bekannt; bei der in Rawitsch handelt es sich unseres Wissens um eine Wollspinnerei.

Spenden für die Altershilfe.

Dr. Meister	1 500 000.—	M.
R.	1 000 000.—	„
W. L.	2 000 000.—	„
Ev. Gemeinde Czempin (zweite Rate)	1 050 000.—	„
Ungenannt	121 000.—	„
„	500 000.—	„
„	500 000.—	„
	6 671 000.—	M.
Vortrag aus Nr. 280	54 803 750.—	„
	61 474 750.—	M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Weihnachtsbüchertisch.

III.

Anthes, Otto: Lübische Geschichten. Tübingen. A. Fischer, o. J. 107 S. — Zehn gut erzählte Geschichten aus den verschiedensten Jahrhunderten der Entwicklung Lübecks vom Mittelalter bis zum Dichter Geibel.

Bonsels, Waldemar: Jugendnovellen. Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt. 1923. 421 S. — Eine Auswahl von vier der besten frühen Erzählungen des vielgelesenen Dichters, in neuer Gestalt herausgegeben.

Burchardt, Rudolf: Poetische Erzählungen. Berlin. Rowohlt. 1923. — Drei Vers- und eine Prosanovelle, Dichtungen von hohem Reiz und künstlerischem Wert wie die in wundervoller, an mittelhochdeutsche Versepik sich anlehnende Stilkunst geschriebene Versnovelle „Der Durant".

Döblin, Alfred: Wallenstein. Roman. 2 Bände. Berlin. S. Fischer. 1920. 386, 490 S. — Der von Ricarda Huch unvergleichlich dargestellte 30jährige Krieg erfährt hier eine kaum minder eindrucksvolle dichterische Gestaltung mit der dämonischen, ganz neu aufgefaßten Gestalt Wallensteins, des heimlichen Königs der Juden, des skrupellosen Spekulanten und Finanzmannes im Mittelpunkt. Die leidenschaftlich gespannte Darstellung streift oft bis an die Groteske.

Dreyer, Max: Die Siedler von Hohenmoor. Leipzig. Staackmann. 1922. 301 S. — Die Geschichte einer Siedlung auf Ödland durch eine Soldatenarbeitsgemeinschaft unter Führung eines Offiziers und Förderung von Großgrundbesitzern. Trotz aller Schwierigkeiten der leidenschaftlich aufgeregten Zeit politischer Debatten, Waffenkommission, Raubkommandos, trotz menschlichen und wirtschaftlichen Nöten gelingt das Unternehmen.

Finckh, Ludwig: Der Vogel Rock. Erzählung. Stuttgart. Dt. Verlagsanstalt. 1923. 201 S. — Unter schwäbischen Bauern idyllisch beginnend, führt die Erzählung ins Ausland, läßt dort den Weltkrieg vom Gesichtswinkel des Auslandsdeutschen durchleben und endet in vertieftem Bekenntnis zum eigenen Volkstum und der gemeinsamen Not.

Findeisen, Kurt Arnold: Herzen und Masken. Ein Robert Schumann-Roman. Leipzig u. Zürich. Grethlein. 1922. 363 S. — Ein ausgezeichneter Schumannroman, der die Liebe Robert Schumanns zu Klara Wieck, die Kämpfe mit ihrem Vater und die Entstehung der genialen ersten Klavierkompositionen anschaulich darstellt.

Flake, Otto: Ruland. Roman. Berlin. S. Fischer. 1922. 493 S. — Die Stärke dieses Romanes des bekannten Verfassers der Chronik Werrenwags und der Europäischen Chronik in der „Neuen Rundschau" sind die philosophischen Erörterungen. Selbständigen Lesern wird das Werk, auch wo es entschiedenen Widerspruch hervorruft, anregend sein.

Fleuron, Svend: Die rote Koppel. Jena. Diederichs. 1922. 180 S. — Meister Lampe. Jena. Diederichs. 1923. 223 S. — In keinem Tierreich ist die Natur so aus der Nähe belauscht wie in denen des Dänen Fleuron. Umwelt, Mensch und Natur sind vom Tier aus geschaut. Der herben wilden Eulengeschichte Strix folgt in der „roten Koppel" eine prachtvolle Erzählung von dem Leben einer Fuchskoppel und in „Meister Lampe" eine nicht minder treffliche Geschichte von einem Hasen.

Frey, Marie: Die Marienburg. Historischer Roman von der Grenzwacht im deutschen Osten. Berlin. Zillessen. 1922. 317 S. — Eine sinnbildlich aufzufassende Liebesgeschichte gibt den Rahmen für durch treffliche Zeichnungen unterstützte Schilderungen der Marienburg zur Zeit der polnischen Herrschaft. Die Erzählung behandelt den schwedisch-polnischen Krieg und die Episode, als der Große Kurfürst und Polen in Waffenbrüderschaft zusammen standen.

Greinz, Rudolf: Der Hirt von Zenoberg. Leipzig. Staackmann. 1922. 329 S. — Eine geschichtliche Erzählung aus Tirol im 14. Jahrhundert, in deren Mittelpunkt die leidenschaftliche Margarete, die Herzogin von Tirol, steht.

Haas, Rudolf: Auf lichter Höhe. Ein Buch aus dunklen Tiefen und der Menschheit Gipfelreichen. Leipzig. Staackmann. 1922. 328 S. — Der Verelendung, der das geistige Bürgertum durch die Nachkriegszeit ausgeliefert ist, entreißen sich ein paar aufrechte Menschen, indem sie dem Redeschwall der Parteien stilles Wirken in engsten Grenzen entgegenstellen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Die Handelsgesellschaft „Rußtransit“**, die sich, wie schon mehrfach erwähnt, dem Warenverkehr zwischen Deutschland und Persien, auf dem Wege über Rußland (Marienkanal—Wolga—Kaspisches Meer) widmet, hat in der letzten Schiffahrtsperiode mit 3 eigenen Dampfern, die besonders für diesen Zweck eingerichtet sind, 3000 Tonnen nach Persien befördert. Darunter waren vor allem Zucker, Streichhölzer und verschiedene Galanteriewaren. Der größte Teil der Fracht war Eigentum der Gesellschaft, die das Recht hat, Kauf- und Verkaufsverträge selbständig abzuschließen. Die noch verhältnismäßig geringe Menge der transportierten Waren erklärt sich daraus, daß die Gesellschaft erst im Mai d. Js. ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, und zwar zunächst mit einem Dampfer, während die beiden anderen erst im August von Stapel gelaufen sind. Die von Persien nach Rußland auf dem Rückwege mitgenommenen Waren sind hauptsächlich Baumwolle, Wolle, Reis, getrocknete Früchte, Nüsse und Mandeln. Zur Erweiterung ihrer Tätigkeit hat die Gesellschaft, an der außer der deutschen Firma Wenkhaus u. Co. das russische Volkskommissariat für Außenhandel und andere staatliche Organisationen beteiligt sind, kürzlich in mehreren Städten Rußlands Filialen eröffnet.

⊙ **Stand der Salzgewinnung in Polen.** In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden in den Salzbergwerken und Salinen Polens 196 556 To. gewonnen, gegen 172 318 To. des Vorjahres. Die Zahl der zurzeit beschäftigten Arbeiter beträgt 434.

Von den Aktiengesellschaften.

Młyn Poznański T. A. in Posen. Die diesjährige Generalversammlung findet am 31. Dezember 1923 vorm. 11 Uhr, in den Geschäftsräumen des Herrn Jarocki in Posen, ul. Masztalarska 8 statt.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 10. Dezember. (Freier Verkehr 1 Gr. fein in 1000 Mkp.) Goldrubel 2280 Silberrubel 1280. Gold 2750, Silber 86, Platin 14000, Bilon 620. Newyork, 8. Dez. Auslandssilber 64½.

Metalle. Neuyork, 10. Dezember. (In Cts. für 1 Lot) Elektrolitkupfer 13.33, Zinn 47.75 Blei 7.35, Zink 6.27. Roheisen (Dollar pro To.) 21.75 Weißblech (Dollar pro 100 Flbs.) 5 50.

Leder und Häute. Posen, 9. 12. 23. (In Tausend Mkp) Rind gef. Pfd. 450. trocken 650. Kalb gef. Stck. I. 5500, II. 4500 trocken 3750, Hammel gef. woll. Pfd. 255. trocken 650. gef. nackt 180, trocken 280. Ziege trocken Stck. 3500. gef. 3200. Roß gef. Stck 12 000, trocken 12 000, Fohlen gef. Stck. 6000, trocken 4000. Katze Pfd. 800, Frühjahrsreh 250, Winterreh 150, Winterhasen Stck. 500, Kaninchen Pfd. 400, Roßhaar Pfd. 1600, Mähnenhaar 700. Tendenz: sehr stark.

Wolle. Posen, 7. Dezember. Im Einkauf: I. 69 750 II. 69 850, III. 69 950. Im Verkauf: I. 69 800, II. 69 900, III. 70 000. Tendenz fest bei größerem Bedarf.

Kolonialwaren. Danzig, 7. Dezember. Auf dem Kaffemarkt ist die Lage unverändert, Brasilianer Offerten unverändert. Bessere Sorten 79/8 sh blieben fest.

Produkten. Hamburg, 8. Dezember. (In Rentenmark.) Weizen 8.70—9.—, Roggen 7.50—7.90, Hafer 7.20—7.40. Wintergerste 8.20—8.60. Sommergerste 8.50—9.—, Mais 8.75—9.25. — Chicago, 8. Dezember. (Cents p. 1. bsh.) Weizen (Mai) 100.12 (Juli) 107.75, Mais (Mai) 74.50 (Juli) 75.37, Hafer (Dez.) 45 87, (Mai) 44.—, Roggen (Dez.) 68.—, (Mai) 74.32.

Börse.

≠ **Warschauer Börse v. 11. 12. 23.** An der Börse sind Devisen weiter anhaltend fest, zum Teil mit steigender Tendenz. Der Dollar erreicht 3 900 000, die Parität für das Pfund beträgt demnach 18 200 000, während das Pfund bei 17 000 000 genannt wird. Der Goldfrank liegt bei 755 000 fest, der Schweizer Frank 670 000, die Tschechenkrone 112 750. Die Prämienanleihe (Miljonówka) 205 000, die Goldanleihe 7 200 000, Landschaftsbriefe 5 500 000, Złotybons 600 000. An der Effektenbörse herrscht weiterhin Zurückhaltung bei schwacher Tendenz. Die Devisenhausse macht sich bei den Effekten allzu stark bemerkbar und beeinflußt, besonders des Geldmangels wegen, den Markt der notierten Werte. Es werden im Kurszettel folgende Kurse genannt für Bankaktien: Dyskontowy 3200, Handlowy 3400, Kredytowy 1200, Małopolski — 1050, Zachodni —2100, Zjedn. Ziem. Polsk. + 1025, Zw. Sp. Zarobk. — 4150, Ziemski Kredyt. —200; Industriewerte: Cerata — 155, Sole Potasowe + 5500, Kiejsiewski + 2350, Puls — 270, Spieß — 850, Wildt + 410, Chodorów + 6250, Michałów — 1475, Tow. Fabr. Cukru 5200, Warsz. Kop. Węgla — 7200, Cegielski 945, Fitzner u. Gamper — 7000, Modrzejów — 11 500, Pocisk + 470, Starachowice 3575, Ursus + 730, Zieleniewski + 19 880, Żyrardów — 337 500, Zawiercie — 372 500, Polski Lloyd + 200, Haberbusch — 5350, Polska Nafta 440, Nobel — 940, Spiritus — 4100, Kabel 600, Trzebinia 800, Unja 8000, Marynin 1000, Tkanina + 75.

≠ **Warschauer Börse vom 10. Dezember. (Markt der nicht-notierten Werte).** Chybie 9000. Kujawy 45 000, Zbiersk 900, Zduny 40 000. Elektrownia Pruszków 310 Elektrownia na Sanie 150—160. Gazy 30 000, Jaworzno 28 000, Kauczuk 140, Lechita 90 Lokomotywy 450. Nitrat 300—375. Opatówek 100 Machlejd 550. Hurt. Opałowa 40. Guma Rubber 140. Mała Wieś 2800—3000 Dobrzyniewo 280—300. Bank Przemysłowców Polskich 350. Zayzler 265, Grodzisk 940. Krafft 840, Polski Jurotat 100. Wiór 108, Sarniańska Huta Szklana 65, Czempin 85, Przemysł Terpentynowy w P. 270. Zagożdżon 125.

≠ **Die P. K. K. P. zahlte am 10. 12. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen):** Rubel 1 832 .00 (1 216 800), Mark 848 500 (338 000). Krone 721 600 (282 200) lateinische Münzeinheit 687 300 (282 200). Dollar 3 63 000 (1 626 400) Pfund Sterling 17 337 000 (sh. 353 500) türkische Pfund 15 626 000 schwedische Krone 954 600 (405 600), holländischer Gulden 1 431 900 (638 800). österr. Dukaten 8 149 000 (fl. 751 000) belgische und holländische Dukaten 8 130 000, 1 g Feingold 2 367 700 (67 600).

≠ **Die poln. Mark am 10. Dez. Danzig: 1.496—1.504 (Parität: 666 000).** Auszahlung Warschau 1.446—1.454 (Parität: 690 000). **Bukarest:** 0.0070 (Parität: 1428). **Tschernowitz:** 0.0060 (Parität: 1667) **London:** Auszahlung Warschau 0.00000768 (Parität: 13 000 000).

≠ **Berliner Börse vom 10 12 23.** (In Millionen Mk. Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 595 000.** Brüssel 193 515, Christiania 626 430, Kopenhagen 746 130, Stockholm 1 1 520, Helsingfors 103 740. Italien 170 530 **London 18 254 250 Neuyork** 4 189 500, Paris 219 450 **Schweiz 730 170.** Spanien 546 630 Wien abgest. 59 850. Prag 123 690. Budapest 223 440, Bulgarien 30 922. Jugoslawien 48 877.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 10. Dezember. Auszahlung:** In Millionen v. H., polnische in 1000 v. H., Kattowitz 1101 G. 1139 B., Riga 16 475 G., 16 725 B., Reval 11 215 G., 11 385 B., Kowno 415 800 G. 424 200 B., **Bukarest** 21 392 G. 26 608 B. — **Noten:** polnische 975 G., 1025 B., lettische 15 600 G., 16 400 B., estnische 10 435 G., 10 965 B., litauische 405 G, 425 B.

≠ **Züricher Börse vom 10. Dezember** Neuyork 5.7375. London 25 02 Paris 30 62, Wien 0.0 8075. Prag 16.75 Mailand 24.90, Brüssel 26.45, Budapest 0.03025. Helsingfors 14.10. Sofia 4 20, Amsterdam 218.25. Christiania 86.00, Kopenhagen 101.25. Stockholm 150.75, Madrid 74.50. Bukarest 2.95, Berlin 1.30, Belgrad 6.525, Athen 11.50, Konstantinopel 3 09.

≠ **Wiener Börse vom 10. 12 23.** Des Generalstreiks wegen sind die Börsennachrichten nicht zu erfahren.

≠ **Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse v. 12. 12. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 929 750 Mkp.**

≠ **Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Kurs der Danziger Vorbörse vom 12. 12. 23 für den Gulden zum Dollar und zur poln. Mark, 1 Dollar in Polen = 4 350 500 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 1 037 500 Mkp.**

Warschauer Vorbörse vom 12. Dezember.

Deutsche Mark —. Dollar 3 880 000—3 900 000. Engl. Pfund 17 050 000. Schweizer Franken 680 000. Franz. Franken 208 800.

Warschauer Börse vom 11. Dezember.

Devisen:

Belgien	181 000	Paris	210 000
Berlin und Danzig	— —	Prag	112 750
London	17 200 000—17 800 000	Schweiz	689 000—670 000
Neuyork	3 900 000	Wien	55 —
Holland	1 483 500	Italien	170 150
Goldfrank	7 5 00	Złotybons	—.—

Danziger Mittagskurse vom 12. Dezember.

1 Million poln. Mark	1,31—1,37 Gulden
1 Dollar	5,83—5,86 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Dezember 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	14 500 000—15 500 000	Weizenkleie	7 000 000
Roggen	8 000 000—8 600 000	Roggenkleie	6 000 000
Weizenmehl	25 000 000—27 000 000	Fabrikkartoffeln	1 800 000
Roggenm.	13 500 000—14 500 000	Roggenstroh, lose	750 000—800 000
Futtergerste	7 500 000	„ gepr.	1 000 000—1 200 000
Braugerste	8 000 000—8 700 000	Heu, lose	1 200 000—1 400 000
Hafer	8 000 000—8 700 000	„ gepr.	2 400 000—2 800 000

Größere Umsätze. — Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 12. Dezember 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 48 000 000 M. II. Sorte 40 000 000 M., III. Sorte 30 000 000—34 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 39 000 000 bis 40 000 000 M., II. Sorte 35 000 000—35 000 000 M., III. Sorte 31 000 000 M.

II. **Schafe** I. Sorte 43 000 000 M., II. Sorte 34 000 000 M., III. Sorte 22 000 000—26 000 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 64 000 000 M. II. Sorte 57 000 000 bis 58 000 000 M., III. Sorte 48 000 000—52 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 28 Ochsen. 162 Bullen. 221 **Kühe,** 274 Kälber 1893 Schweine. 95 Schafe 23 Ziegen. — Tendenz: ruhig.